

Ercheit täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisdorfer Str.

Spezialdruckerei der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.

Mittwoch 4-6 Uhr.

Die die Redaction erscheinender Manu-
scripte macht für die Redaction nicht
verantwortlich.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Artikel an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.

In den Filialen für Zus. Annehm.:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Louis Böcher, Katharinenstr. 15, p.
nur bis 1/2 3 Uhr.

Weipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

No. 230.

Freitag den 23. Juli 1880.

Kufage 16.150.

Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Bringerlohn 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.,
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.

Schließen für Extrablätter
ohne Postförderung 50 M.
mit Postförderung 45 M.

Inkrust. Hefen. Preis 20 Pf.
Gedruckte Adressen laut unserem
Preisverzeichnis — Tabellen für
Sach nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionstempel
die Spalte 40 Pf.

Interate sind bei an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pränumerando
oder durch Postanweisung.

74. Jahrgang.

Der Kölner Katholikentag.

Man kann über die preussische Kirchenpolitik
verschiedener Meinung sein, aber man wird sich
der Wahrnehmung nicht verschließen dürfen, daß
nachdem der Staat gewissermaßen selbst an die
katholischen Gewissen appellirt hat, das moralische
Ansehen der Centrumsführer und Hegelpläne bei
den Massen erschüttert ist. Kein Wunder, daß bei
dieser Wendung der Dinge die Windthorst und
Consorten die Parlamentsferien dazu benutzten, um
im Wege der Agitation den Gläubigen ad oculos
zu demonstrieren, wie notwendig sie, die Gottes-
freier, seien, um die Kirche über den verhassten
Staat triumphieren zu lassen. Die kleine Exce-
lenz selbst hat die Initiative zu dieser Bewegung
ergriffen und das schöne Rheinland zum Schau-
platz rednerischer Thaten aufsersehen, um von dort
aus auf die gesammte katholische „Welt“ mit Erfolg
wirken zu können.

So wurde ein Katholikentag zu Köln am Rhein
in Scene gesetzt, über dessen Verhandlungen jetzt
genauere Berichte vorliegen. Von Interesse
sind natürlich die Ansprachen des Haupt-
redners Windthorst. In der Form läßt
sich gegen frühere ähnliche Rundgebungen
eine gewisse Mäßigkeit und Ruhe nicht ver-
kennen; der kluge Agitator war eifrig bestrbt, der
Versammlung den Charakter einer mißliebigen
Demonstration zu benehmen. Sochild aber haben
die Hauptlinge des Centrums nicht die geringsten
Zugeständnisse gemacht: vollständige Aufhebung der
Waigesehe und die kirchliche Herrschaft in der
Schule sind nach wie vor die Forderungen des
Ultramontanismus. Wenn Windthorst trotzdem
seine „zuversichtliche“ Erwartung aussprechen konnte,
daß man in nicht allzu ferner Zeit zum Frieden
kommen würde, so beweist dies, wie gleichmüthig
man im kirchlichen Lager der jetzt in den oberen
Regionen herrschenden kirchenpolitischen Strömung
gegenübersteht. Ob man sich dabei aber nicht
noch in einer gemäßigten Täuhschung befindet? Die
Verhandlungen über das Kirchengesetz wie das
neueste Auftreten des Centrums haben deutlich ge-
zeigt, daß eine Verständigung mit den Hauptern
der ultramontanen Bewegung nicht möglich ist,
wenn der Staat nicht Zugeständnisse macht, deren
Bewilligung wir dem Reichskanzler niemals
zutrauen, nicht einmal Herrn von Puttkamer und dem
größeren Theil der allpreussischen Conservativen. Man
kann freilich zweifelhaft sein, ob es nicht logisch
und politisch richtiger gewesen wäre, unter diesen
Umständen den in dem neuen Kirchengesetz unter-
nommenen Schritt nicht zu thun; aber es ist denn
noch soviel erreicht, daß die Centrums-Demagogen
sich bemühen müssen, das sinkende Vertrauen der
irregulierten Massen wieder zu gewinnen, um nicht
selbst ruhmlos von der Bildfläche zu verschwinden.

Unter diesen Verhältnissen scheint es uns un-
denkbar, daß jetzt, nachdem der Staat seinen guten
Willen und seine Geneigtheit zum Entgegenkommen
gezeigt hat, noch weiter in dem Bestreben gegen-
wärtig wird, einem Gegner den Friedenschluß auszu-
nütigen, den er, wie sich immer klarer zeigt, gar
nicht oder nur unter der vollständigsten Waffen-
streckung des Staates respectiren will.

Aus den Kölner Verhandlungen heben wir
die folgenden Momente speciell hervor. Es wurden
folgende Resolutionen angenommen:

1. Die Versammlung spricht zu der von der
Fraktion des Centrums dem neuen kirchenpoli-
tischen Gesetze gegenüber eingenommenen Hal-
tung ihre volle und unbedingte Zustimmung aus;
durch ihr ebenso entschiedenes, wie maßvolles
Auftreten hat die Fraktion sich ein neues An-
recht auf den Dank ihrer Wähler erworben.
2. In Uebereinstimmung mit den Bischöfen, wie
mit der Centrumsfraktion hält die Versamm-
lung angeordnet, daß die Staats-Regie-
rung, wenn sie ernstlich die Wiederherstellung
des inneren Friedens anstrebt, sowohl beim apo-
stolischen Stuhle, als bei der Mehrheit der Lan-
desvertretung, insbesondere auch bei der Fraktion
des Centrums die thätigste Unterstützung
finden wird.
3. Bei dieser Gelegenheit verwirft
die Versammlung neuerdings den Anspruch auf
unumschränkte Herrschaft des Staates in der
Schule als unvereinbar mit dem göttlichen Rechte
der Kirche, wie mit dem natürlichen Rechte der
Eltern; sie verurtheilt die Einrichtung confes-
sionell gemischter Schulen und erklärt, daß die
Ertheilung des römisch-katholischen Religions-
unterrichts, die Vertheilung des Unterrichts-
stoffes, die Bestimmung der Lehrbücher für den-
selben lediglich den rechtmäßigen Organen der
Kirche, besonders den mit besonderem kirchlichen
Auftrag ausgehatten Personen zusteht.

In einer bei dieser Gelegenheit gehaltenen und
eben erwähnten Rede des Herrn Windthorst heißt
es nach dem Bericht der „Germania“:

„Der Kampf, der stattgefunden hat, die Verhältnisse
nach allen Seiten hin klargestellt, und Jeder hat die
Schwierigkeiten, welche einem Ausgange gegenüber-
stehen, deutlicher sich vergegenwärtigt, die Regierung
wie auch die Parteien. Es ist absolut nothwendig,
daß nach diesen heißen Kämpfen, nach der Samm-
lung dieses großen Materials zunächst die Gemüther
sich beruhigen, und daß wir Umschau halten auf dem
Schlachtfelde, welches wir eben verlassen haben. Ich
glaube, wenn das von allen Seiten mit gutem
Willen geschieht, daß dann eine große Zahl
von Antipathiepunkten sich ergeben wird, von
denen auch das Friedenswerk weiter gefördert
werden kann. Ich habe das Vertrauen, daß die
Dinge auf dem Punkte, auf dem sie stehen, nicht
bleiben können. (Rufe: Sehr wahr!) Der Stand-
punkt der Waigesehe in ihrer Integrität, der früher
von der gegnerischen Partei hingestellt war, ist bereits
verlassen, und es ist ein neuer Standpunkt noch nicht
genommen worden. W. H. I. Wenn die Fundamente
eines Hauses erschüttert sind, dann muß man es all-
mählig abtragen; es liegt das in der Natur der Dinge,
und dann wird man sich auch über einen Neubau
einigen. Was das betrifft, so haben wir einen Bau-
meister, auf den wir uns verlassen können, der keinen
schlechten Grundriß entwerfen wird, das ist Papst
Leo XIII. W. H. I. Wir haben das große Glück, seit
vielen Menschenaltern die ausgezeichnetsten Männer
auf dem Stuhle Petri zu sehen, und der jetzige Papst
ist ohne Zweifel einer der ausgezeichnetsten, welche
je auf dem Stuhle Petri gesessen haben; seine Um-
sicht und Ruhe verburgen mir, daß wir von dort den
richtigen Weg gezeigt bekommen, und so kann ich
Ihnen nur sagen auf die Frage „Was nun?“: ver-
trauen wir der Weisheit des h. Vaters, welcher nach
dem, was vorgekommen, ohne Zweifel die Mittel
finden wird, die Verhandlungen weiter zu führen.
Hoffen wir, daß die Staatsregierung, nachdem sie ein-
gesehen, daß der Standpunkt der Waigesehe nicht
aufrecht erhalten werden kann, nunmehr ernstlich diese
Verhandlungen wieder aufnimmt und so zu einem
Frieden gelangt; denn bei uns kann kein Zweifel
darüber sein, daß ein dauerndes, segensreiches Ab-
kommen nur stattfinden kann, wenn die Waigesehe
abgeschafft werden.“

Zum Schluß dieser nicht eben mißverständlichen
Ansprache brachte Herr Windthorst ein Hoch
auf den Papst und auf — Seine Majestät den
Kaiser aus!

Politische Uebersicht.

Belzig, 22. Juli.

Die Einführung deutscher Beamten und Officiere
in das türkische Staatswesen scheint selbst be-
sonnener Leute in England in Verwirrung zu
setzen; die sensationelle Nachricht ist, wie der „Bes-
sig“ aus London geschrieben wird, Wasser auf
die Mühle für hochpolitische Kannegießer und
begeistert die Conjecturalpolitiker zu den aus-
schweifendsten Speculationen. Die englischen Tur-
kophilen wissen nicht recht, was sie aus der Sache
machen sollen. Während sie es für zweckdienlich
halten, die Bedeutung dieses einfachen und an sich
unpolitischen Actes der internationalen Courtoisie
in ihrer großsprecherischen Weise zu übertreiben,
jucheln sie, daß nunmehr das mächtige deutsche
Kaiserreich offen Partei für die Türken und
für Lord Beaconsfield's Orientpolitik ergriffen
habe und den von Dr. Gladstone in Be-
wegung gesetzten Intriguen Halt gebiete.
Aus diesen und ähnlichen Aeußerungen, denen
man selbst in Provinzialblättern begegnet, läßt
sich annäherungsweise ein Schluß auf die An-
schauungen machen, die unter den radicaleren Mit-
gliedern der Regierung herrschen. Für diese
(und auch für Goschen in Konstantinopel) war
die Ueberlassung preussischer Finanzbeamten an den
Sultan eine unangenehme Ueberraschung. „Wenn
Bismarck“, so fragte einer der radicalen Cabinets-
minister den Londoner Correspondenten der „Köln.
Zg.“, „jedem nicht einmal die Knochen eines
pommerschen Landwehrmannes an die orientalische
Frage wagen wollte, wie erklärt es sich, daß er
jetzt dem Sultan mit der Weisheit seines Beamten-
thums zu Hülfe zieht?“ Die Erklärung hierfür
ist doch gar so einfach. Der Unterschied zwischen
einer kriegerischen Einmischung und einer freund-
lichen Hülfeleistung liegt doch allzusehr auf der Hand.

Ueber den Rücktritt des Staatssecre-
tairs Herzog von seinem Stragburger Posten
hören wir jetzt aus guter Quelle, daß er schon im
Februar seinen Abschied nehmen wollte, weil er
mit dem Statthalter nicht mehr auskommen ver-
mochte, sich damals aber durch den Reichskanzler
noch zum Bleiben bestimmen ließ. Jetzt ist er
nun ohne sein Zutun entlassen, bezw. zur er-
neuten Einreichung seines Entlassungsgesuchs ge-
nötigt worden, weil er die Grundzüge preussisch-
deutscher Verwaltung nicht preisgeben wollte. Mit
ihm ist die letzte feste Schwarte des rein persön-
lichen Regiments gefallen, das Feldmarschall
v. Manteuffel in Elßig-Votbringen führt. Man

muß nun auf Alles gefaßt sein: auf die Wieder-
einführung des französischen in die Volks-
schule, auf die Verdrängung der deutschen Be-
amten aus dem Lande, oder wenigstens auf
den allmählichen Rückzug aller charaktervollen unter
ihnen, denn sie werden ja unaufhörlich dem Po-
pularitätsbedürfnis eines Mannes geopfert, der
durch den Einbruch persönlicher Liebeshörigkeit
und Genialität aus Franzosen Deutsche zu machen
denkt. Ob ihm Dies gelingt, wird der Ausgang
erweisen. Einstweilen klagen alle arbeitsfähigen
Deutschen und Deutschgehörten im Elßig von
halbwegs unabhängiger Stellung über die er-
schreckendsten Zeichen des Gegentheils. Hätten sie
etwas zu thun gewußt, um Herrn Herzog dem
Reichslände zu erhalten, sie würden sich durch
keine Anerkennung der früheren Verdienste oder
des gegenwärtigen guten Willens des Statthalters
davon haben zurückhalten lassen, denn ihr Gefühl
ist, daß sein Verfahren, auf unzulängliche Kenntniß
von Menschen und Dingen gestützt, binnen kür-
zester Frist wieder zu zerfallen droht, was neun
Dahre sorgfältiger und in sich zusammenhängender,
wenn auch natürlich nicht fehlerfreier Verwaltung
nach guter altpreussischer Richtschnur geschaffen
haben!

Zu der Ernennung des Geheimen Ober-Regie-
rungs-Raths Dr. Hübler aus dem preussischen
Cultusministerium zum Professor der juristischen
Facultät an der Berliner Universität bemerken
Berliner Blätter: „Herr Dr. Hübler ist seiner
Zeit von dem Rathgeber her in das Ministerium
berufen worden und zwar bald nach dem Amts-
antritt Fall's, der das Bedürfnis erkannte, eine
kanonische Autorität zur Seite zu haben. Schon
bald nach dem Amtsantritt des Herrn von Putt-
kamer vertrat, daß Herr Hübler sich wiederum
auf seine Professur zurückziehen wolle. Inzwischen
aber erfolgte seine Mission nach Wien. Bei
der Beratung des kirchenpolitischen Gesetzes
trat Herr Hübler besonders bei dem Artikel 2 der
ursprünglichen Vorlage in den Vordergrund. Er
bezeichnete das Bestreben nach dem recursus contra
abusum handelnde preussische Gesetz als ein „eror-
bitantes“, so daß Herr von Puttkamer sich veran-
laßt sah, diesen Ausdruck etwas abzuschwächen,
während Herr Windthorst es bebauerte, daß dem
Herrn Fall ein so sachverständiger Rathgeber
nicht zur Seite gestanden habe. Herr Windthorst
hatte es vergessen, daß Herr Hübler bei dem Zu-
standekommen dieses Gesetzes selbst mitgewirkt und
es in der Commission vertreten hatte. Man hielt
hiernach dafür, daß Herr Hübler mit dem Stand-
punkt des jetzigen Cultusministers ganz ange-
kämmt sei, und es erregte ein Aufsehen, als die
halb verlungene Nachricht von seinem bevorstehenden
Aufscheiden aus dem Ministerium wieder auf-
tauchte, das sich nun bewahrheitet hat.“

Das leitende Berliner Fortschrittsblatt
plaudert mit wahrhafter Begeisterung für die Auf-
rechterhaltung der Candidatur Kaster in Mag-
deburg. „Die jüngste Vergangenheit hat die na-
tionalliberale Partei nunmehr wohl überzeugt —
so schreibt das Blatt —, daß Herr Kaster doch
nicht so ganz unrecht handelte, als er sich dem
Juge der heutigen Parteiführer widersetzte, und
insofern wäre die Aufstellung seiner Candidatur in
Magdeburg unzeitig der blühende Beweis, wie
ernüchtern die jetzige Politik der preussischen Re-
gierung und das Verhalten der Führer des rechten
Hügel der nationalliberalen Fraktion auf die breiten
Schichten der nationalliberalen Wähler gewirkt hat.
Der heutigen Parteileitung mag der Gedanke an
eine Wahl Kaster's in einem Wahlkreise, der Herrn
v. Sybel zuletzt sein Vertrauen geschenkt hatte,
höchst unympathisch sein; wurde doch erst kürzlich
die Frage, warum man Herrn Kaster nicht bei
den letzten Nachwahlen in Frankfurt a. O. und
Halle in Vorschlag gebracht habe, kurz dahin be-
antwortet, man könne keinen Candidaten aufstellen,
der nicht zur nationalliberalen Partei gehöre.
Somit wäre die Aufstellung seiner Candidatur in
Magdeburg eine ganz rückwärtige Beurtheilung
des Verhaltens der Parteiführer und eine Genug-
thung für den arg verachteten Mann, auf die er
unzweifelhaft nach allen Vorgängen ein Anrecht hat.“

Die bairische Zweite Kammer hat am Mitt-
woch das ganze des Richter-Disciplinargesetzes
mit 104 gegen 42 Stimmen angenommen. Für
heute (Donnerstag) steht der Antrag des Abg.
Dufendradl, betreffend die Beschränkung der Werl-
schulpflicht auf das zurückgelegte 12. Lebens-
jahr und den Beginn der Feiertagschulpflicht mit
dem 13. Lebensjahre, zur Beratung.

Wiener Depeschen melden, daß der Mittwoch
dem Schützenfeste eine politische Demon-
stration eintrug, welcher später auch noch ein un-
angenehmer Wortwechsel folgte. Beim Festbanket
koalirte der Abgeordnete Wedl unter stürmischem
Beifall auf die Verfassung, indem er betonte, daß

die Deutsch-Oesterreicher Mann für Mann für die
Verfassung einstehen, durch welche Oesterreich groß-
mächtig und freiheitlich geworden sei. Des Redners
Hoch galt dem „constitutionellen, freiheitlichen
Oesterreich“. Großen Enthusiasmus erweckte auch
eine Rede des Herrn Carl Wagner aus Berlin.
Derselbe überbrachte den herzlichsten Gruß
der Berliner Schützengilde, dankte warm für
den großartigen Empfang und feierte sodann
den Kaiser Franz Josef als den wahren und auf-
richtigen Freund des Kaisers Wilhelm. Abends
beim Studentencommerc feierte ein Student
die österreichische Verfassungspartei, was peinliche
Erörterungen zwischen dem Studenten und einigen
Professoren herbeiführte. Der Schützenpräses
Ropp suchte die politische Demonstration abzu-
schwächen, indem er bat, das Parteiwesen fernzu-
halten; Akademiker sollen nicht Parliament spielen.
Beifall, Widerspruch und Hischen folgten der Rede.
Unter betäubendem Lärm und großer Verwirrung
schloß der Festcommerc.

Nach Pariser Depeschen wird der Entschluß
Gredy's, zur Abhaltung der Flotten-Revue nach
Cherbourg zu gehen, in politischen Kreisen sehr
gut aufgenommen, weil man darin den Willen
des Präsidenten erkennt, seine Rolle als Staats-
chef nicht durch die von Hüllingen und Schweich-
lern in letzter Zeit allzusehr in den Vordergrund
gedrängte Persönlichkeit Gambetta's beeinträch-
tigen zu lassen. Geyerer, heißt es, habe seine Reise-
pläne nach Cherbourg ausgesetzt, andererseits hält
man es jedoch für möglich, daß Gredy in Begleitung
von Say's und Gambetta's dorthin gehe. —
Rochefort hat dem Bernehmen nach die ihm
von gemeinschaftlichen Freunden gemachten Vor-
schläge einer Unterredung mit Gambetta be-
stimmt zurückgewiesen. — Die Entsendung einer
Anzahl französischer Officiere (angeblich
General Thomassin und 60 Officiere) nach
Griechenland wird einem Abkommen Gam-
betta's mit König Georg bei dessen Anwesenheit
zugeschrieben und von der Opposition bestig an-
gegriffen, als ein Zeichen der Einmischung Frankreichs
in die griechisch-türkische Angelegenheit. Officiersreisen
sucht man die politische Bedeutung dieser Mission
vollständig zu befreien und derselben einfach den
Charakter militärischer Instruction beizulegen, wie
solche durch Missionen zu fremden Armeen jeder-
zeit stattgehabt hätte. — Die Kosten des franzö-
sischen Nationalfestes vom 14. Juli ergeben
allein für das Kriegsministerium die Summe von
550,000 Francs. Es wurden nämlich vorausgabt:
An Zulagen für die Officiere und Soldaten, die
als Deputationen der einzelnen Regimenter er-
schienen waren, während ihres Aufenthalts in
Paris 320,000 Francs, für den Bau der verschie-
denen Tribünen auf dem Paradeplatze (Rennbahn
von Longchamp) 220,000 Francs, für Wein, der
an die Gendarmen und an die Truppen vertheilt
wurde, die an der Revue Theil nahmen,
10,000 Francs. Da die Kammern, bevor sie aus-
einander gingen, einen genügenden Credit für das
Fest bewilligten, kommt das Kriegsministerium nicht
in die Verlegenheit um die Deckung der Festkosten.
Die Generalauskosten des Festes haben jedenfalls
Millionen betragen!

In Holland, dem Lande der Gemächlichkeit
und der Langenweile, fehlt es keineswegs an auf-
regenden Scenen. Die Zweite Kammer der Genera-
laaten ist seit einigen Tagen wieder versammelt.
Zu den eifrigsten Verteidigern des Schulgesetzes
gehört der freisinnige Abg. Roens, welcher die
Stelle eines Inspectors des Primärunterrichts
belleidet. Als nun vor einigen Tagen der con-
servative Volkvertreter Wintgens das betreffende
Gesetz und dessen Einführung bekämpfte, verfiel
sich derselbe, obwohl ein ziemlich betagter Mann
und langjähriger Mitglied der Kammer, zu der
hämischen Bemerkung: die Regierung müsse sich
nicht durch Diejenigen bestimmen lassen, welche
das Schulgesetz vorbereiten halfen und ein finan-
zielles Interesse bei der Einführung desselben haben.
Bei diesen Worten wendete sich Herr Wintgens
gegen seinen Kollegen Roens, und bezeichnete
diesen selbst mit dem Finger. Herr Roens ergriff
unmittelbar darauf das Wort und verlangte, daß
der Redner seine „niederträchtige Anklage“ zurück-
ziehe. Statt nun diesem Verlangen zu entsprechen,
suchte Wintgens sich aus der Schlinge zu ziehen,
indem er behauptete, er habe den Namen des
Herrn Roens gar nicht ausgesprochen. Das war
denn doch zu viel. Zahlreiche Mitglieder der
Linken traten auf Herrn Wintgens zu, um ihm
die Nase: „Freiung, Niederträchtiger!“ entgegen-
zuschleudern, während von anderen Seiten gerufen
und gepöfien wurde. Zeichenblitz erwiderte Wintgens:
„Dem der Schuh paßt, ziehe ihn an“, doch gab
er damit nur Del ins Feuer. Von neuem klang
es: „Freiung, Elender!“ Der Vorsitzende war
bei der Erregung der Kammer gezwungen, die
weiteren Verhandlungen zu vertagen.